

Mainz, 09.11.2020

Antrag 2077/2020 zur Sitzung des Stadtrats am 18.11.2020

Verwaltungsvorlage „Haushaltsplan 2021/2022 der Landeshauptstadt Mainz“

Durch eine jahrzehntelange fragliche Haushaltspolitik hat Mainz erhebliche Schulden angehäuft und die finanzielle Handlungsfähigkeit ist dadurch bereits stark eingeschränkt. Um künftigen Generationen überhaupt noch Handlungsspielräume zu erhalten oder selbige wieder zu eröffnen muß Mainz wieder auf den Weg einer nachhaltigen Finanzierung kommen.

Dazu ist eine Entschuldung unabdingbar und diese Entschuldung kann nur durch mitunter schmerzhaftes Einsparungen erreicht werden.

Auch die Bürger von Mainz sind heute selbst vielfach von erheblichen Härten betroffen. Viele Bangen um Ihren Arbeitsplatz, haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren oder befinden sich in Kurzarbeit. Auch die sogenannten „Corona Maßnahmen“ bedrohen viele Existenzen, sei es durch Verlust des Arbeitsplatzes, Stellenabbau oder faktische Berufsverbote für viele Unternehmen.

In solch einer Lage muß gerade die Stadtverwaltung selbst und hier ganz besonders deren führende Köpfe mit gutem Beispiel vorangehen.

So ist es etwa völlig unglaubwürdig, wenn Mainz den sogenannten „Klimanotstand“ ausruft und zeitgleich einen großen Fuhrpark für den Stadtvorstand unterhält, welcher umweltfreundlich durch die Nutzung von Diensträdern, öffentlichem Nahverkehr und Carsharing ersetzt werden kann.

Durch eine solche Maßnahme mit erheblichem Vorbildcharakter für die Mainzer Bürger werden zudem erhebliche Finanzmittel eingespart.

Auch wir selbst, die Fraktionen des Stadtrates, politische Jugendorganisationen oder Kulturbetriebe müssen hier in die überfälligen Sparmaßnahmen einbezogen werden. Niemand sollte sich notwendigen Sparmaßnahmen aus parteitaktischen Erwägungen, persönlichen Interessen oder reiner Eitelkeit entziehen. Die AfD-Stadtratsfraktion bittet daher alle Anderen sich diesen notwendigen Schritten nicht zu verweigern und hier über alle Parteigrenzen hinweg zum nachhaltigen Wohl der Stadt Mainz und ihrer Bürger zu handeln.

Die AfD Fraktion beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

1. Sämtliche Ausgaben-Positionen der Rathaussanierung sind ersatzlos zu streichen.
2. Die städtischen Zuschüsse für das Staatstheater sind pauschal um 20% zu kürzen.
3. Das Erfrischungsgeld ist für Wahlhelfer auf 50,- € pro Person/ pro Tag zu erhöhen.
4. Die Hundesteuer mit Wirkung zum 01.01.2022 auf sogenannte „gefährliche Hunde“ zu begrenzen und für alle anderen Hunde abzuschaffen.
5. Das Angebot der Ehrenamtskarte ist auszubauen.
6. Eine Dezernentenstelle des Stadtvorstandes ist zu streichen und deren fachliche Themengebiete in andere Dezernate einzugliedern.
7. Die Stadtteilmittel für die Ortsbeiräte sind um 50% zu erhöhen.
8. Die Erhöhung der Vergnügungssteuer für Spielhallen bis zum Höchstsatz.
9. Die Personalaufstockung der KfZ-Zulassungsstelle um 10 %.
10. Der Fuhrpark des Stadtvorstandes ist aufzulösen. Entsprechende Verträge sind zeitnah zu beenden. Der Fuhrpark wird durch Dienstfahrräder sowie die Möglichkeit der Nutzung von Carsharing ersetzt.
In gut begründeten Einzelfällen kann auf Mietwagen zurückgegriffen werden, insbesondere wenn eine Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und des Carsharing nicht möglich sein sollte.

11. Reduzierung der Stellen der Fahrradbeauftragten auf eine halbe Stelle und einhergehend die Streichung der Mittel auf 1/6 des aktuellen Ansatzes.

12. Die 6000,- € Zuschüsse für politische Jugendorganisationen sind ersatzlos zu streichen.

13. Der jährliche Gesamtbetrag für Fraktionszuwendungen ist um 92.900 € zu kürzen (Auch die Stadtratsfraktionen sollten mit gutem Beispiel vorangehen.)

14. Die Hilfen und Leistungen für Asylbewerber sind auf das erstattungsfähige Niveau zu reduzieren.

15. Kürzung des städtischen jährlichen Zuschusses für das Büros für Migration und Integration um 50 %.

16. Die pauschale Kürzung aller freiwilligen Leistungen im Doppelhaushalt um 5%.

17. Die Mittel des Gleichstellungsbeauftragter für Gender Mainstreaming sind zu streichen.

18. Die im Jugendförderplan ausgewiesenen Zuwendungserhöhungen im Volumen von pauschal 10% je laufender Nummer werden um sieben Prozentpunkte auf 3% je laufender Nummer reduziert.

(Vor dem Hintergrund eines besorgniserregend wachsenden Haushaltsdefizits und unkalkulierbarer Haushaltsrisiken durch die Corona-Pandemie erscheint eine pauschale Erhöhung der Zuwendungen um 10% je Förderprojekt deutlich überzogen, weshalb eine Reduzierung des Aufwuchses um sieben Prozentpunkte auf 3% angemessen ist.)

19. Die im Jugendförderplan ausgewiesenen Fördermittel für den "pro familia Ortsverband Mainz e.V." werden ersatzlos gestrichen.

(Die Konzepte und Arbeitsweisen von "pro familia" stehen in krassem Gegensatz zum verfassungsrechtlich garantierten Schutz des ungeborenen Lebens, weshalb dieser Verein in Mainz keine öffentlichen Fördermittel erhalten sollte.)

Lothar Mehlhose
Fraktionsvorsitzender

F. d. R. Jürgen Wiedenhöfer
Fraktionsgeschäftsführer